

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. RM. 15.—, vierteljährl. RM. 45.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 48.— einschl. Postgebühren.
Einzelnummern 50 Pf. ; Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren
Raum RM. 1.50, auswärts RM. 2.00. ; Reklame-
zeile RM. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 1 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. ; In Kontes-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Waldbad.

Nummer 91

Februar 179

Waldbad, Donnerstag, den 20. April 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

Reichskanzler Dr. Wittth und Reichsminister Rathenau sind auf Wunsch der Verhandlungsvertreter mit den führenden Männern der Entente in unmittelbare Fühlung getreten.

In den Kreisen der neutralen Teilnehmer an der Konferenz von Genua ist man der Ansicht, daß der Große und Kleine Verband gar nicht berechtigt sei, ohne Befragen der ganzen Konferenz, auf der doch alle gleichberechtigt sein sollen, Deutschland von bestimmten Beratungen oder ganz auszuschließen.

Nach den letzten Nachrichten aus Genua scheinen sich die Entente-Gewaltigen — Frankreich natürlich ausgenommen — allmählich wieder zu beruhigen. Es wird versichert, das Auswärtige Amt in London, das schon lange von den deutsch-russischen Verhandlungen unterrichtet war, habe versäumt, dem Ministerpräsidenten Lloyd George davon Mitteilung zu machen. — Wer das glaubt!

Die Londoner „Times“ meldet, Japan wolle als erste Regierung die Sowjetregierung anerkennen. Die japanische Abordnung in Genua habe bereits entsprechende Weisung erhalten.

General Nollet hat das Ersuchen der Reichsregierung um Fristverlängerung für die Umformung der Schutzpolizei ablehnend beantwortet.

Die Unsicherheit und Spannung nimmt in Oberösterreich ständig zu. Im Kreis Rohnitz sammeln sich wohlbewaffnete polnische Banden. Man glaubt, daß wieder ein Anschlag vorbereitet wird, der mit dem Aufmarsch neuer französischer Truppen im Rheinland in Verbindung steht.

Mäßregelung Deutschlands in Genua

Die Gerichtsbarkeit in der Villa Raggio.

Wie gemeldet, traten am Dienstag vormittag in der Villa Raggio, wo Lloyd George wohnt, Vertreter des Großen Verbands und je ein Vertreter des sogenannten Kleinen Verbands zusammen, um zu der Tatsache des deutsch-russischen Abkommens Stellung zu nehmen. Mit kurzer Unterbrechung dauerte die Beratung bis zum späten Nachmittag fort. Der französische Vertreter Barthou hatte vom Ministerrat in Paris die Weisung erhalten, die Aufhebung des deutsch-russischen Vertrags zu fordern, da er nicht nur den in Cannes aufgestellten Grundfäden, sondern auch dem Artikel 260 des Friedensvertrags zuwiderlaufe, welcher letzterer bestimmt, daß die in Rußland liegenden deutschen Guthaben, auch privater Art, an die Entschädigungskommission übergehen. Der englische Standpunkt war der, daß gegen die einzelnen Vertragsbestimmungen wohl nichts einzuwenden sei, wenn nicht etwa Deutschland bei seinem Verzicht auf die Rückzahlung des in Rußland verlorenen Privatvermögens den Hintergedanken habe, daß auch die Verbündeten auf ihre Ansprüche auf Erlegung von Privateigentum verzichten sollen. Der Vertrag sei so sehr zugunsten Rußlands verfaßt, daß es schwer verständlich sei, welches Interesse Deutschland davon habe, es sei denn, daß er noch geheime, finanzielle Bestimmungen enthalte. Aber der Vertrag an sich sei ein Verstoß gegen den Geist, dem die Konferenz von Genua ihre Berufung verdanke, um nämlich dem geheimen, unlauteren Wettbewerb unter den Völkern entgegenzuwirken (1), und deshalb dürfe das Vorgehen nicht ungeahndet bleiben. Lloyd George soll ein sehr scharfes Vorgehen vorgeschlagen haben, wogegen sich die Italiener, der Tscheche und Serbe wandten. Italien sieht in dem Vertrag nichts Unerhörtes, jedenfalls dürfe die Konferenz daran nicht scheitern. Die „Rechtsachverständigen“ des Verbands konnten in ihrem Gutachten nicht finden, daß der deutsch-russische Vertrag gegen den Friedensvertrag von Versailles verstoße, dagegen habe Deutschland dabei die Beschlüsse von Cannes außer Acht gelassen.

Ausschluß Deutschlands von den Verhandlungen mit Rußland. Ultimatum an Rußland?

Nachdem die Verhandlungen abends zu Ende geführt waren, wurde beschlossen, über Deutschland die Strafe des Ausschlusses von den weiteren Verhandlungen mit Rußland auszuschließen. England und Frankreich hatten den Ausschluß Deutschlands von der Konferenz überhaupt verlangt, sie drangen aber damit, nachdem Italien sich dagegen gewendet hatte, nicht durch. An die Russen soll die bestimmte Aufforderung gerichtet werden, in einer gewissen Frist bedingungslos und ohne jede Gegenansprüche die Vorkriegsschulden Rußlands an die Verbandsstaaten anzuerkennen und zu bezahlen.

Das an den deutschen Reichskanzler gerichtete Schreiben ist von den Vertretern von England, Italien, Frankreich,

Belgien, Tschechoslowakei, Polen, Südslawen, Rumänien und Japan unterzeichnet und lautet folgendermaßen:

Die unterzeichneten Mächte haben mit Ueberraschung vernommen, daß im ersten Stadium der Arbeiten der Konferenz von Genua, ohne die anderen Staaten zu unterrichten, Deutschland im Geheimen ein Abkommen mit der Räte-regierung abgeschlossen hat. Die in diesem Abkommen behandelten Fragen bilden gegenwärtig den Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Vertretern Rußlands und allen anderen Staaten, die zur Konferenz eingeladen sind, einschließlich Deutschlands selbst.

Es ist kaum eine Woche vergangen, seitdem der Reichskanzler erklärte, die deutsche Regierung beabsichtige, mit den anderen Ländern zusammenzuarbeiten im Geiste voller Aufrichtigkeit und Gemeinschaftlichkeit. Die Unterzeichneten möchten daher der deutschen Abordnung in freimütiger Weise ihre Ansicht darlegen, daß der Abschluß dieses Vertrags während der Konferenz von Genua eine Verletzung jener Bestimmungen bedeutet, zu deren Beachtung sich mit der Teilnahme an der Konferenz Deutschland verpflichtet hatte. Mit der Einladung Deutschlands nach Genua und der Gewährung einer gleichberechtigten Vertretung in jeder Kommission beweisen die einladenden Mächte ihre Bereitschaft, die Kriegserinnerungen bei Seite zu legen und Deutschland Gelegenheit zu geben zu einem ehrlichen Zusammenarbeiten

mit seinen ehemaligen Feinden an den europäischen Aufgaben, die sich die Konferenz stellt. Dieses Angebot des guten Willens hat Deutschland mit einem Vorgehen beantwortet, das jenen Geist gegenseitigen Vertrauens zerstört, der unabwendbar ist für das internationale Zusammenwirken und die Wiederherstellung des Geistes, der einen Hauptzweck der Konferenz bedeutete.

In allen Konferenzen sind halbamtliche Besprechungen zwischen den verschiedenen Teilnehmern nicht nur erlaubt, sondern oft wünschenswert. Sie sind nützlich, da sie die gemeinsamen Arbeiten erleichtern, wenn ihre Ergebnisse der Konferenz zur gemeinsamen Beratung und Entscheidung vorgelegt werden. Leider haben die deutschen Vertreter dies nicht getan. Während die Konferenz tagte und während Deutschland in den Kommissionen und Unterausschüssen vertreten war, die mit der Regelung des europäischen Friedens mit Rußland auf Grund der Bedingungen von Cannes beauftragt sind, haben die deutschen Vertreter in der genannten Kommission ohne Wissen ihrer Kollegen heimlich einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen, der die Regelung gerade jener Fragen vorzieht, zu deren Erörterung sie sich mit den Vertretern der anderen Länder verpflichtet haben. Dieser Vertrag sieht keine Prüfung oder Sanktion durch die Konferenz vor. Wir müssen daher annehmen, daß er endgültig ist und daß man ihn nicht der Begutachtung der Konferenz zu unterbreiten beabsichtigt. Dieses Abkommen ist in Wirklichkeit eine Verletzung der Grundfäden, auf die sich die Konferenz stützt.

Aus diesem Grund halten es die Unterzeichneten für recht und billig, daß Deutschland nach dem Abschluß eines besonderen Abkommens mit Rußland an der Besprechung der Bedingungen für ein Abkommen zwischen den an der Konferenz vertretenen Staaten und Rußland nicht teilnehmen kann. Sie zieht daraus den Schluß, daß die deutschen Delegierten durch ihr Vorgehen darauf verzichten wollten, an der weiteren Verhandlung der Bedingungen eines Abkommens zwischen den verschiedenen Ländern und Rußland teilzunehmen.

Einpruch der Neutralen

Genua, 19. April. Nach der Schweiz, Dep.-Ag. werden Branting (Schweden) und Rotta (Schweiz) die Einberufung des Unterausschusses des ersten Ausschusses der Konferenz verlangen und zwar auf Grund einer Verständigung zwischen den Vertretern der neutralen Staaten Dänemark, Spanien, Norwegen, Holland, Schweden und Schweiz. Wie verlautet, wollen die Neutralen gegen den Ausschluß Deutschlands Widerspruch erheben.

Eine Komödie, aber keine „göttliche“.

Genua, 19. April. Die englische Vertretung behauptet, sie sei durch den deutsch-russischen Vertrag „völlig überrascht“ worden. Das ist eine Unwahrheit. Die englische Regierung war schon von Berlin aus über den Verlauf der deutsch-russischen Verhandlungen aufs genaueste unterrichtet, ebenso über die Grundlagen, auf denen der Vertrag aufgebaut ist. Die Vertreter Italiens und Belgiens wurden noch am Freitag abend verständigt. Ueberhaupt wurden die Staatsvertreter über den Stand der Dinge nicht im Unklaren gelassen.

Eine russische Erklärung

Genua, 19. April. Das Mitglied der russischen Abordnung Litwinow (Lipselbaum) weist, wie Havas meldet, in einer Erklärung darauf hin, daß Sowjet-Rußland doch auch bereits Abkommen mit Polen, Finnland, Estland, Letland, der Türkei, Serbien, Schweden, England und Italien abge-

schlossen habe. Deutschland habe durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk Sowjet-Rußland tatsächlich anerkannt. Die Verhandlungen über den jetzigen deutsch-russischen Vertrag seien dadurch etwas verzögert worden, daß Deutschland wegen der früheren Ermordung des deutschen Botschaften Grafen Ribbach in Kiew eine Entschuldigung forderte, die die Sowjetregierung nicht annahm. Die Deutschen haben es indessen vorgezogen, nicht mehr davon zu reden (1), und die Verhandlungen seien dann wieder aufgenommen worden. Der Wortlaut des Vertrages sei in Berlin durchgegangen worden, der Ministerrat in Berlin, der den Vertrag hätte genehmigen sollen, habe aber vor der Abreise der Russen nicht mehr stattfinden können, man habe also notgedrungen mit dem Austausch der Unterschriften warten müssen, bis man in Genua zusammengetroffen sei. Das Abkommen enthalte übrigens keinerlei geheime militärische Vereinbarungen.

Eine deutsche Antwort auf das Ausschluß-Schreiben

Berlin, 19. April. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Einwendungen der einladenden Mächte in Genua gegen den deutsch-russischen Vertrag bestehen im wesentlichen aus folgenden Punkten:

1. Es läge ein Sondervergehen Deutschlands vor. — Sonderverhandlungen sind aber zunächst unter Nichtbeteiligung Deutschlands von anderer Seite eingeleitet worden. Um Schädigungen zu vermeiden, mußten wir mit Rußland ein Abkommen treffen.

2. Der Reichskanzler habe die Londoner Denkschrift in der ersten Sitzung der ersten Kommission ohne Widerspruch als Verhandlungsbasis angenommen. — Die Denkschrift wurde in dieser Sitzung nur verteilt. Die Russen erklärten, daß sie dieselbe nicht kennen. Es wurde auch erklärt, daß die Denkschrift die Regierungen nicht binde. Irigend eine Erklärung von Deutschland ist nicht abgegeben worden.

3. In der Entschädigung von Cannes sei als Voraussetzung für die Konferenz von Genua festgelegt worden, daß Rußland die durch die Sozialisierung in Rußland angerichteten Schäden anerkenne, und diese Entschädigung von Cannes sei vom Reichskanzler angenommen. — Einerseits aber hat in dem zwischen Deutschland und Rußland geschlossenen Vertrag Rußland in der Form der Aufrechnung die Sozialisierungsschäden ausdrücklich anerkannt und andererseits auf die Schäden, die Deutschland nicht bezahlt hatte, verzichtet. Außerdem ist in dem Vertrag ausdrücklich vorgesehen, daß, wenn Rußland mit einem anderen Staat ein Abkommen schließt, indem es sich zur Erleichterung für die Sozialisierungsschäden verpflichtet, diese Erleichterungen ebenso auch an Deutschland zu bezahlen seien. Grundsätzlich ist also die entschädigungslose Sozialisierung nicht festgelegt worden.

4. Der Vertrag enthalte eine Verletzung des Artikels 260 des Versailler Vertrags. Wir hätten durch den Verzicht auf die Sozialisierungsschäden die Rechte entwertet, die wir nach Artikel 260 auf die Entschädigungskommission übertragen müßten. — Aber die deutschen Rechte, die nach unserer Auffassung unter den Artikel 260 fallen, sind längst auf die Reparationskommission übertragen und der von Deutschland ausgesprochenen Verzicht ist ohne Einfluß auf diese Rechte, da sie im Augenblick des Verzichts keine deutschen Rechte mehr darstellten. Wenn die Allierten Rußland gegenüber auf die Geltendmachung dieser Ansprüche verzichten, dann können sie sich nicht beschweren; sehen sie aber ihre Ansprüche durch, dann fällt die Wirkung des deutschen Verzichts weg. Der Vertrag von Rapallo verletzt also den Vertrag von Versailles nicht.

Die Deutschen irreführt?

Paris, 19. April. Der „Petit Parisien“ schreibt, es sei nicht unmöglich, daß die Persönlichkeit, die im Auftrag des italienischen Ministers Schanzer den Reichskanzler und Rathenau über die (vom Verband) mit den Russen geführten Sonderverhandlungen unterrichtete, die Deutschen in einen Irrtum versetzt habe, so daß sie glauben konnten, die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Verbündeten und Sowjet-Rußland stehe unmittelbar bevor und Deutschland solle einfach aufgefordert werden, dieses Abkommen als vollendetes Faktum hinzunehmen. Aber die Unvorsichtigkeit eines Zwischenträgers könne das deutsche Vorgehen weder rechtfertigen noch entschuldigen.

Die Studienkommission für die Reparationsdarlehen.

Paris, 19. April. Die aus Mitgliedern der Reparationskommission, einem deutschen Vertreter und einem Holländer bestehende Studienkommission über die Frage der deutschen Reparationsdarlehen wird Anfangs Mai ihre Tätigkeit aufnehmen und dann ihre erste Sitzung in Paris abhalten. Die Reparationskommission hat auch einen Vertreter der amerikanischen Hochfinanz hinzuziehen wollen und den bekannten Bankier Morgan gebeten. Mitglied der Kommission zu werden. Präsident der Studienkommission wird Dela-Croix, das belgische Mitglied der Reparationskommis-



Non. Der deutsche Vertreter in der Kommission ist bekanntlich Bergmann.

Ein Schweizerisch-spanischer Handelsvertrag.

Bern, 19. April. Die schon seit längerer Zeit zwischen der Schweiz und Spanien schwebenden Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages sind endlich zu einem Abschluß gelangt. Der neue Handelsvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann jederzeit auf 3 Monate gekündigt werden. Er tritt nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Die vereinbarten Punkte sollen demnächst veröffentlicht werden.

Die deutschen Besprechungen in Genua.

Genua, 19. April. Im Edenhotel fand eine Besprechung der deutschen Hauptdelegierten über die Lage statt, wie sie durch die gestern abend überreichte Note geschaffen worden ist. Ueber das gleiche Thema verließen nachmittags die Sachverständigen.

Die deutsche Gegennote.

Genua, 19. April. Die deutsche Delegation wird heute an den Präsidenten der Konferenz eine offizielle Gegennote richten, in der die Haltung der Deutschen in der russischen Frage und die unumgängliche Notwendigkeit des Vertragsabschlusses rechtfertigen. Auch wird sie darauf aufmerksam machen, daß die Siegerstaaten noch nicht für sich allein das Recht beanspruchen dürfen, über das deutsche Vorgehen zu Gericht zu sitzen. Dies zu beurteilen, sei lediglich die Konferenz kompetent und vor ihr Plenum sollte darum auch die ganze Frage gebracht werden.

Der Schritt der Neutralen auf der Konferenz von Genua.

Mailand, 19. April. Dem „Avanti“ zufolge bildet der von den Neutralen beim Vorsitzenden der Konferenz unternommene Schritt einen neuen, nicht zu unterschätzenden Umstand. Im Grunde genommen verlangen die neutralen Staaten zu den privaten Besprechungen in der Villa Alberti in Anbetracht des Umstandes zuzufassen zu werden, daß die wirklichen Arbeiten der Konferenz sich in diesen Besprechungen konzentrieren.

Keine Anfechtung des deutsch-russischen Vertrages.

Frankfurt, 19. April. Wie der „Frank. Ztg.“ aus Genua gemeldet wird, ist auf die Anfechtung des deutsch-russischen Vertrages, die ursprünglich beabsichtigt war, verzichtet worden, offenbar weil die alliierten Juristen in dem Versailler Vertrag keine Anhaltspunkte zu solchen Anfechtungen fanden, und auch der Ton der Note, der nach italienischen Mitteilungen in dem ursprünglichen Entwurf Lloyd Georges wesentlich schroffer gefaßt war, ist immerhin gemildert worden. Die Ausschließung aus der Subkommission ist in eine Form gekleidet, die eine Antwort der deutschen Delegation als Antwort auf eine Frage erwartet. Die alliierten Mächte haben wohl gefühlt, daß sie für sich allein gar nicht das Recht zu einem solchen Ausschluß haben, nachdem die Subkommission durch die Hauptkommission und diese selbst durch das Plenum der Konferenz eingesetzt worden ist. Die Situation ist im übrigen sehr eigenartig. Neuer begründet die Abgabe der gestrigen Wirtschaftskonferenz mit der Weigerung der Franzosen, mit den Deutschen zusammen zu tagen. Aber das Vantett der Delegierten bei de Facto findet trotzdem statt und man legt dabei Wert auf das Erscheinen der Deutschen, denn als Rathenau dem Ueberbringer der Note erklärte, daß er mit einer solchen Note in der Tasche unmöglich an einem gemeinsamen Essen teilnehmen könnte, zog dieser sie zurück, um sie erst nach dem Essen zu überreichen. Man wünscht also fest doch eine Fühlungnahme, die bisher ziemlich mangelhaft war. Der Wunsch nach einer Aufrechterhaltung der Konferenz wird auch sonst bei den Engländern, Franzosen und Italienern beinahe ostentativ betont. Frankreich hat das größte Interesse an dem Zustandekommen der Anleihe, die beim Scheitern der Konferenz zum mindesten weit hinaus geschoben würde.

London, 19. April. „Daily Chronicle“ hebt hervor, daß Lloyd George alles tue, um dem deutschen Schritt

diplomatisch günstige Seiten abzugewinnen. Nachdem der Schritt getan ist, kann das englische Ziel dabei nur sein, an Stelle der angebotenen Separataktion ein Abkommen aller in Genua versammelten Staaten mit Rußland herbeizuführen. Die strittige Frage, ob Frankreich den überraschenden deutschen Schritt zum Vorbruch der Konferenz benutzt, sehen die Engländer offenbar optimistisch an. Das französische Ziel einer Anleihe stellt wohl eines der Hindernisse dar.

Der Eindruck bei den Amerikanern.

New York, 19. April. Die amerikanische Presse nimmt den deutsch-russischen Vertrag im allgemeinen mit mehr Zustimmung auf, als man bei der für Amerika charakteristischen Volkswirtschaft eigentlich erwarten sollte. Die Aufnahme des Vertrages in der Presse ist zweifellos stark beeinflusst durch die intransigente Haltung, die Frankreich in der letzten Zeit auf allen Gebieten der europäischen Politik gezeigt hat.

Die Neutralen für Deutschland.

Genf, 19. April. Es ist bereits für morgen ein Protest der Neutralen gegen den Ausschluß Deutschlands von den Verhandlungen mit Rußland in Aussicht genommen.

Äußerungen Rathenaus.

Genua, 19. April. Reichsminister Dr. Rathenau empfing gestern die führenden Mitglieder der englischen und amerikanischen Presse und gab ihnen eine Darstellung von der deutschen Auffassung über den deutsch-russischen Vertragsabschluß. Rathenau erklärte zunächst, er könne nicht verstehen, warum eine Friedenskonferenz so außerordentlich aufgeregt sei über den Abschluß eines Friedensvertrages. Die Unstimmigkeiten zwischen den europäischen Ländern müßten doch endlich einmal geregelt werden. Er führte dann weiter aus, daß er acht Tage vorher die Verbündeten habe wissen lassen, wie dringend und wichtig für Deutschland die Verhandlungen mit Rußland seien. Die Deutschen seien jedoch zu keinerlei Verhandlungen mit den Russen hinzugezogen worden. Dagegen habe er die Mitteilung erhalten, daß die Verhandlungen zwischen den Verbündeten und Rußland unmittelbar vor ihrem Abschluß ständen. Auf die Zwischenfrage eines Journalisten, von wem er diese Mitteilung erhalten habe, erklärte Rathenau von amtlichen und halbamtlichen Persönlichkeiten. Auf eine weitere Frage, ob auch Engländer unter den Ueberbringer dieser Nachricht gewesen seien, sagte Rathenau, es seien auch vier Engländer darunter gewesen. („Voss. Zeitung.“)

Urteile deutscher Sachverständiger.

Berlin, 19. April. Der Vorsitzende des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Ingenieur Kurt Sorge, äußerte sich im „Volkswirtschaftler“ über die Tragweite des Rußland-Abkommens u. a.: „Ich kann mich unter Ausschaltung der politischen Seite der Dinge und nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus äußern. Von diesem Standpunkt wird man den Vertrag schon deshalb als ein günstiges Ereignis begrüßen müssen, weil für die Wiederbelebung oder Fortführung unseres Wirtschaftslebens die Beziehungen Deutschlands zum Osten und insbesondere zu Rußland wesentlich mitbestimmend sind und weil die Schaffung einer festen Unterlage der Beziehungen mit Rußland gegenüber dem bisherigen schwankenden Zustand unbedingt einen Fortschritt bedeuten.“

Der Direktor der Berliner Diskonto-Gesellschaft und bekannte Finanzsachverständige Franz Urbig schreibt dem „Volkswirtschaftler“ u. a.: „Man mag über die Sache denken wie man will, so ist doch nicht zu verkennen, daß in dem Verzicht auf die Vorkriegsschulden eine Tatsache liegt, die den Absichten der übrigen Staaten unbedingt widerspricht. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, das deutsch-russische Abkommen vor oder nach der Konferenz von Genua zu veröffentlichen. Ich kann mir denken, daß alsdann die Wirkung dieser Veröffentlichung auf die übrigen Konferenzteilnehmer eine andere gewesen wäre, als sie es heute in Genua sein muß. Das Recht Deutschlands, ein solches Abkommen zu schließen, ist auch nach meiner Ueberzeugung unbestreitbar. Im übrigen glaube ich nicht, daß in die an sich

zurückhaltende Stellung des deutschen Kaufmannes gegenüber Rußland durch das geschlossene Abkommen zunächst eine wesentliche Veränderung getragen worden kann.“

Keine Verletzung des Friedensvertrages durch Deutschland.

Genua, 19. April. Die juristische Kommission für Genua hat festgestellt, daß keine Verletzung des Friedensvertrages von Seiten Deutschlands beim Abschluß des deutsch-russischen Vertrages vorliegt.

Eine Unterredung mit Lloyd George.

Genua, 19. April. Der Vertreter des internationalen „News Service“ fabelte nach New York: In einer Unterredung, die mir Lloyd George kurz nach dem Bekanntwerden des deutsch-russischen Vertrages gab, sagte er mir: Ich sehe keinen Grund, weshalb der deutsch-russische Vertrag die Konferenz zum Scheitern bringen sollte. In einem Communiqué, das der Gewährsmann Lloyd Georges kurze Zeit vorher der Presse gegeben hatte, hatte Lloyd George bekannt machen lassen, daß ein Aufgeben von Seiten Frankreichs durchaus nicht den Zusammenbruch der Konferenz bedeuten würde.

Eine bevorstehende Note Polens.

Genua, 19. April. Der polnische Außenminister Skimunt hatte gestern eine längere Unterredung mit Dr. Beneš über das deutsch-russische Abkommen. Wie es heißt, bereitet Polen eine Note vor, in der es gegen den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo protestiert, weil durch ihn der Vertrag von Versailles in der Beziehung verletzt werde, daß durch ihn die polnischen Entschädigungsforderungen an Deutschland berührt werden.

Russische Annäherungsversuche beim Vatikan.

Rom 19. April. (Havas.) Politische Persönlichkeiten, die mit der Räteabordnung in Genua in enger Fühlung stehen, geben offen zu, daß die Räteregierung gern bereit wäre, Abgesandte nach Rom zu schicken, um dem Vatikan einen halbamtlichen Besuch abzustatten. Es soll bereits in diesem Sinn beim Erzbischof von Genua und bei dem seit einiger Zeit in Genua anwesenden Sekretär des St. Kollegiums, Msgr. Sincero, angefragt worden sein. Außerdem soll die Räteabordnung einen Plan ausgearbeitet haben über die Entsendung von Missionaren nach Rußland, die sich mit dem religiösen Unterrichtswesen und der öffentlichen Wohlfahrtspflege befassen sollen.

Neues vom Tage

Reichsvorschuh für Gemeinden

Berlin, 19. April. Den Gemeinden des Reichs, die die Befolgung ihrer Beamten in Uebereinstimmung mit den ab 1. April in Kraft getretenen Bestimmungen für Reichsbeamte geregelt haben, wird demnächst zur Dedung der daraus entstehenden Mehrausgaben für das erste Viertel des Rechnungsjahres 1922 ein Reichsvorschuh überwiesen. Voraussetzung für die volle Ausbezahlung ist, daß die Gemeinden, sofern ihnen die Erhebung von Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer übertragen ist, zwei Drittel der aufkommenden Steuern (Reichs- und Staatsanteil) in voller Höhe bar abgeliefert haben; andernfalls würde bei der Auszahlung des Vorschusses der rückständige Betrag abgezogen werden.

Der Armeniermord in Berlin

Berlin, 19. April. In der Untersuchung wegen der Ermordung der beiden türkischen Politiker sind mehrere Armenier, die sich in Berlin aufhalten, verhaftet, doch wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Kriminalpolizei ist einer großen Verschönerungsbande auf die Spur gekommen, die von Armeniern und aus Amerika geleitet wird. Zahlreiche Verhaftungen sollen bevorstehen.

Im D-Zug von Berlin nach München wurde am Dienstag der Leutnant Herz mit Chloroform betäubt aufgefunden, seine sämtlichen Papiere fehlten. Herz gehörte früher dem Freikorps Lühow an und war seit einem Jahr Adjutant des ungarischen Offiziers Hejas, der an der Spitze des Bataillons der erwachenden Ungarn steht. Angeblich sollte Herz im Auf-

Ein Maienglück.

Originalroman von C. Wildenburg.

45. (Nachdruck verboten.)

Da horchte er gespannt und ein Lächeln glitt über seine Lippen. Die Dame schien dem Wein schon recht zugesprochen zu haben, so daß sie wohl eine Unklugheit begehen konnte.

„Ach, Graf, ich bin doch nicht ganz so mittellos, wie Sie denken“, hörte Ralph sie da plötzlich sagen.

„Wie?“ fragte Graf Dieter gespannt. Er hatte vor Aufregung sein Monocle fallen lassen. Er brauchte nämlich wieder einmal sehr nötig Geld, — gelegener konnte ihm nichts kommen.

„Ich habe eine Erfindung gemacht, die mir viel Geld bringen wird“, begann die Falsche wieder.

„Was denn?“ fragte Graf Dieter neugierig.

Seine Dame weichte ihn nun in das gefohlene Weibnis ein, und er lachte gespannt. Auch Ralph verstand jedes Wort, das ihn in eine helle Wut versetzte.

Er hatte jetzt genug gehört und ging; sein Plan war gefaßt.

Am nächsten Tage versuchte er sich der Koffer zu nähern, was auch wirklich gelang, da Gilly nichts lieber tat, als sich von einem Kavaliere einladen zu lassen. Sie bezahlte nicht gern ihr Abendessen selbst.

Wald sah Ralph ihr in einem ähnlichen wie dem gestrigen Restaurant gegenüber und machte ihr bei Auster und Sekt die Cour. Es durfte schon etwas kosten, um für sein süßes Lieb zum Ziele zu gelangen und wieder ein Lächeln auf ihr süßes Gesichtchen zu zaubern.

Ralph gebrauchte die beste List, indem er seiner Partnerin erzählte, daß er mit Wilma gebrochen habe, da sie etwas gar zu einfach sei.

In Gillys Augen strahlte es auf. Die sonst so Schlaue und Gereizene ging glatt in die Falle. Als er erklärte,

für die Erfindung, von der sie ihm zuvor gesprochen, großes Interesse zu haben und eventuell Käufer zu sein, übergab sie ihm ahnungslos die gestohlenen Papiere.

Mit eifriger Miene faltete er sofort die Papiere zusammen und steckte sie in die Tasche, hatte er doch sofort Wilmas Handschrift erkannt. Dann trat er zum Garde-robeständer und griff zu Hut und Ueberrock. „Mein Fräulein“, sagte er kalt, „ich habe die Ehre, mich Ihnen zu empfehlen. Ich hoffe, meine geliebte Braut wird mir das kleine Intermezzo verzeihen, das ich in Szene gesetzt habe, um ihr ihr Eigentum zurückzuerobern. Wir werden davon absehen, Sie anzuzeigen, wenn Sie Ihr Wort geben, Berlin innerhalb vierundzwanzig Stunden zu verlassen. Sollte ich Sie noch einmal hier antreffen, so würde in den nächsten fünf Minuten die Anzeige telephonisch auf dem Gericht sein.“

Gillys Augen blühten in gefährlicher Weise auf, aber sie fügte sich notgedrungen, wobei sich ihre Lippen zur Grimasse verzerrten.

Eilig drehte er sich um und verließ ohne Gruß das Zimmer, nachdem er einen größeren Schein für den Kellner hinterlegt hatte.

Ungeheurer Jubel empfing Ralph, als er an diesem Abend mit den wiedererlangten Kostbarkeiten zu Wilma kam.

Ralph war selig unter ihren Dankesklängen. Gilly schmunzelte, während Louise mit gestalteten Händen in einer Ecke stand und zusah; sie hätte Wilma machen am liebsten auch angebetet.

Auch Schawelings setzte man noch am gleichen Abend telephonisch von dem Wiederfinden des Schatzes in Kenntnis und dann begoß man die Sache in Wilmas trautem Stübchen mit einer Flasche Sekt, die Ralph trotz des Widerspruchs seiner sparamen Braut noch schnell aus einer benachbarten Weinstraße geholt hatte.

Am anderen Tage wurde der Verkaufsabschluß im Büro des Bankiers verriekt gemacht.

Für Wilma begann nun eine seltsame Zeit, die ihren Höhepunkt erreichte, als Ralph ihr mitteilte, daß er Gillys Abreise von Berlin festgestellt habe.

Sie war noch nicht ganz sicher gewesen, daß ihr von Gilly noch ein Ungemach hätte drohen können, denn das lag ja nun einmal in dem Charakter dieses Weibes.

„Weißt Du, Lieb“, meinte dann Ralph eines Tages, „auf Deinen Verehrer Graf Mühlhausen brauch ich ja nun auch nicht mehr eifersüchtig zu sein. Er hat einer bösen Spielaffäre wegen Berlin fluchtartig verlassen!“

Wilmas Gesicht strahlte erst bei dieser Nachricht, dann aber schmolte sie:

„Wie kannst Du von „Verehrer“ sprechen, Du Böse? Du weißt doch, wie unympathisch er mir war.“

Und als er schnell um Verzeihung bat, sagte sie, um ihm eine Freude zu machen:

„Weißt Du, Liebster, mit nichts könntest Du mich mehr erfreuen, als mit dieser Nachricht, denn nun sind alle unangenehmen Momente in meinem Leben ausgeschöpft.“

Die Tage bis zur Hochzeit verfloßen schnell mit der Einrichtung des eigenen Heims, und bei der lustigen Hochzeitsfeier wurde die Freundschaft mit Schawelings zum Bündnis für das Leben.

Ralph aber meinte, daß das Paradies auf die Erde gekommen sei, als er am Abend des Hochzeitstages mit kräftigen Armen sein Lieb aus dem Wagen in die zierliche Villa in Treptow trug. Hell glänzend strahlten die Fenster des Gebäudes, dessen elegant eingerichtete Räume mit einem Meer von Blumen überschüttet waren.

„Alle diese sollst Du gleich wie unsere Liebe dauernd am Leben erhalten, Du mein süßes, angebetetes Weib, meine Blumenkönigin“, sagte Ralph. Dann schloß er ihr den Mund mit Küßen.

trag des früheren ruffischen Generals Hortschmann in
Panzig Briefe politischen Inhalts an Hajas überbringen.

Kapp in Leipzig

Leipzig, 19. April. Generalstaatsdirektor Dr. Kapp
ist in Begleitung einiger Kriminalbeamten in Leipzig einge-
troffen und in Haft gebracht worden. Da er an einer Augen-
krankheit leidet, wurde er vorerst der Leipziger Universitäts-
klinik zugeführt, wo geprüft werden soll, ob Kapp hinfällig
ist.

Der wegen Beteiligung am Kapp-Putsch zu 5 Jahren Ge-
fängnis verurteilte frühere Polizeipräsident von Jagow
hat aus dem Festungsgefängnis von Gollnow eine Schrift
geschickt, in der er das gegen ihn gefällte Urteil des Reichs-
gerichts einer ausführlichen Kritik unterzieht und die Wieder-
aufnahme des Verfahrens verlangt. Das Reichsgericht wird
zu prüfen haben, ob eine neue Tatsache im Sinne der Straf-
prozessordnung gegeben ist, die ein neues Verfahren bedingt.

Französische Mordtaten in Oberschlesien.

Gleitwitz, 19. April. An den Osterfeiertagen wurde der
Schlosser Brownig in Gleitwitz von einem französischen Soldaten
durch 3 Revolvergeschüsse tödlich verwundet, und der
Arbeiter Bollmitz in Friedrichshütte von einem anderen fran-
zösischen Soldaten erschossen.

Der Deutsche muß bezahlen.

Paris, 19. April. Während der Leipziger Messe war der
Sekretär des französischen Konsulats in Leipzig, Dubillon,
wegen frechen Benehmens von einem schwedischen Messe-
besucher verhaften worden. Die französische Regierung ver-
langt nun von der deutschen Reichsregierung eine förmliche
Entschuldigung und der Bezahlung einer Buße von 50 000 M.
an den Herrn Sekretär.

Württemberg

Stuttgart, 19. April. Von den städtischen Be-
trieben. Einem Bericht des Bürgermeisters Sigloch sind
folgende Angaben über die städtischen Betriebe zu entnehmen.
Im Jahr 1913/14 verbrauchte die Stadt Stuttgart zur Her-
stellung von 38 Millionen Kubikmeter Gas 112 000 Tonnen
Kohlen im Beschaffungswert von 2 450 000 M. Im Betriebs-
jahr 1921/22 müssen für 91 000 Tonnen Kohlen, aus denen
46,3 Millionen Kubikmeter Gas herzustellen sind, 60 Mil-
lionen Mark aufgewendet werden. Für jede Tonne Kohlen
müssen 12 Mark, insgesamt also 3 Millionen Mark im Jahr,
von der Stadt Stuttgart für Bergarbeiter-wohnungen im
Industriegebiet bezahlt werden. Wie der Kohlenpreis von
200 M vor dem Krieg auf jetzt 10 000 M erhöht worden ist,
so sind auch die städt. Arbeitslöhne von 5,50 M auf 105 M
im Tag, also um das 50fache, gestiegen. Dazu kommt, daß
jetzt eine viel schlechtere und mangelhafte ausgesuchte Kohle
geliefert wird gegen früher, so daß ein Zusatz des teureren
Wassergases von 30—40 Prozent nötig wird. Die Elektri-
zitätswerte haben, allerdings unter namhaften Mehrkosten,
ihre Erzeugung von 41 Millionen Kilowattstunden (1913/14)
auf 81 Millionen steigern können und große Gegenden in
Württemberg mit Strom versorgt. Das Wasserwerk hat mit
Hilfe der Landeswasserwerkverfugung allen Ansprüchen genügt,
doch muß auch stets noch auf das Neckarwasser zurückgegrif-
fen werden, das durch eine Schnellfilteranlage wesentlich ver-
bessert wird.

Stuttgart, 19. April. Zum Metallarbeiterstreik.
Der Verband württ. Metallindustrieller veröffentlicht einen
Aufruf an die Metallarbeiter in Württemberg, in
der nachgewiesen wird, daß die Verhandlungen in Heidelberg
nur an der Frage der Arbeitszeit gescheitert sind. Die weite-
re Gewährung einer Zulage von 3,50 Mk. in der Stunde
oder 6,50 Mk. gleich 67 v. H. mehr als vor dem Streik be-
deutet einen wöchentlichen Mehrerwerb von 299 Mk. oder
für den Arbeitstag 55,50 Mk. Ueber die endgültige Höhe
kann außerdem noch verhandelt werden. In der Urlaubs-
frage wurden wesentliche Verbesserungen durch die Arbeiter
erzielt. Die Arbeiter müßten deshalb ihren Führern durch
die Abstimmung neuer Richtlinien geben, um ihnen die Be-
endigung des Streiks zu ermöglichen.

Stuttgart, 19. April. Neue Straßenbahntarif-
erhöhung. Dem Gemeinderat ist eine Vorlage zuge-
gangen, nach der der vor kurzem erst 2mal erhöhte Straßen-
bahntarif schon wieder gesteigert werden soll, und zwar sollen
die Preise für 4 Teilstrecken von 2 M auf 2,50 M, 8 Tei-
lstrecken von 2,50 M auf 3 M und für weitere auf 3,50 M er-
höht werden.

Stuttgart, 19. April. Landsturmertag. Die ehe-
maligen Angehörigen des 1. Landsturm-Infant.-Bataillons
Stuttgart 13./2. versammelten am 13. und 14. Mai im Saal-
bau Wulle eine Versammlung.

Todesfall. Der Älteste der schwäbischen Journalisten,
Redakteur Adolf F a u s e l, ist am Karfreitag im 80. Lebens-
jahr hier gestorben. Fausel, in Heilbronn geboren, war früher
Arzt. Ein kleiner Freundeskreis wohnte heute früh der Ein-
äschung des schlachten, überzeugungstreuen Mannes bei.
Redakteur W a l s t e namens des Landesverbands der
Presse Württembergs und Hohenzollerns einen Vorbeier an
der Bahre nieder.

In einem schweren Herzeiden ist am Ostermontag der
in weiten Kreisen bekannte Musiklehrer Karl B u t s c h e r im
Alter von 57 Jahren gestorben. Butscher war geborener
Ulmer und zeichnete sich schon frühe durch große musikalische
Begabung, die er auch durch Komponieren betätigte, aus.
Sein lebenswürdiges Wesen verschaffte ihm einen großen
Bekanntheitskreis, der ihn hoch schätzte.

Vom blauen Kreuz. Am Ostermontag fand hier die
Landesversammlung des christlichen Verbands gegen den Alkoholi-
smus „Blauwe Kreuz“ statt. Nach dem Bericht des Reise-
sekretärs Lehrer B u t t e n b e r g e r - G r o ß g a r t a c h zählte der
Verband in Württemberg 38 Vereine mit 1500 Mitgliedern.
Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß an die Ge-
neraldirektion die Bitte gerichtet werden soll, im Lärm des
neuen Bahnhofsgebäudes, in dem bekanntlich von unten bis
oben Wirtschaftsräume sich „türmen“ werden, jedenfalls ein
Stoßwerk für alkoholfreie Kaffeedüme vorzuziehen. In
sämtlichen Schulen sollen planmäßig Aufklärungsvoorträge
über die Alkoholgefahr veranstaltet werden.

Cannstatt, 19. April. Ein außerhalb der Stadt mohnen-
der Steinbruchbesitzer wurde von einem bei ihm im Hause
wohnenden Mann abends auf offener Straße überfallen und
durch einen Schlag auf den Kopf betäubt. Darauf bearbeitete
der als gefährlicher Mensch bekannte Rohling sein Opfer mit
einem Schlagring, brachte ihm schwere Verletzungen am Kopf
und im Innern bei und beraubte den am Boden Liegenden

seiner Brieftasche. Am Auffommen des Nebenmannen wird
gezwungen. Der Täter ist festgenommen.

Feuerbach, 19. April. Haushaltungsschule. Der
Gemeinderat beschloß die Errichtung einer Haushaltungsschule
in den Räumen der Stadtküche. Der Kostenaufwand
beträgt über 100 000 Mark.

Marbach, 19. April. Brand. Die Gebäulichkeiten des
reichseigenen Steinwerks Erdmannshausen sind am Sams-
tag aus bis jetzt unbekannter Ursache in Brand geraten
und teilweise zerstört worden. Infolge zeitweiser
Sperrung des Gießes Marbach-Badung durch herabfallende
Balken und Steine mußte der Personenzug 712 (Marbach
ab 8.34 Uhr abends) in Marbach zurückgehalten werden und
erhielt eine Stunde Verspätung.

Friedrichshausen, 19. April. In der Nacht zum Karfreitag
sind in die an der Lichardstraße gelegene Mühle Diebe
eingedrungen und hoben dem bejahrten, fast erblindeten Be-
sitzer Geld und Schmuck im Werte von mehreren tausend
Mark unter Androhung abgepreßt.

Unterhausen u. Reutlingen, 19. April. Besitz-
wechsel. Die frühere Nonnenmacher'sche Pappfabrik
ging durch Kauf an die Firma Chr. Leibfarth in Reutlingen
über. Durch diesen Kauf wird der geplante Neubau in
Reutlingen hinfällig.

Tübingen, 19. April. Erhöhung des Verpfle-
gungssatzes. Durch eine Verfügung des Kultusministe-
riums ist der Verpflegungssatz in den hiesigen Universitäts-
kliniken vom 1. April d. J. an auf 27 Mark erhöht worden.

Rottenburg, 19. April. Der Bischof v. Mainz, Dr. Hugo,
ist gestern als Gast im bischöflichen Palais hier eingetroffen.

Erbfellen, 19. April. In der Nacht zum Ostermontag
sind die nebeneinanderstehenden Scheuern des Schultheißen
Schnelber und des Sternwirts niedergebrannt.

Rottweil, 19. April. Klosterseminar. Die Wirt-
schaft zum Reichshof ist dieser Tage geschlossen worden, um
ein Franziskaner-Seminar aufzunehmen, das von zwei Pa-
ters und einem Laienbruder eingerichtet wird. Die 25 Jög-
linge, die sich dem Ordensstande widmen, besuchen das hiesige
Gymnasium. Der Hauptzweck der Paters ist aber die Be-
sorgung eines regelmäßigen Gottesdienstes in der Ruhe-
Christi-Kirche.

Troffingen, 19. April. Ehrendoktor. Die philo-
sophische Fakultät der Universität Tübingen hat Fabrikdirek-
tor Wilh. H o h n e r zum Ehrendoktor ernannt. In der
Ehrentunde heißt es, daß der Geehrte sich als weitsehender
Förderer von Unterricht und Wissenschaft und umsichtiger
Freund der Hochschule bewährt habe.

Tübingen, 18. April. Waldbrand. Auf der Markung
Emmingen ob Egg brach am Samstag nachmittag ein
Waldbrand aus, durch den ein Schaden von über
15 000 M entstand.

Biberach a. N., 19. April. In einem Käßteller außerhalb
der Stadt wurden über die Feterlinge 30—35 Zentner Weich-
käse gestohlen. — Ein Pferd des Güterhofbesizers Belz wurde
von der Starkstromleitung auf dem Kirchplatz getötet. Der
Drach ist infolge Schneefalls nachts gebrochen.

Beim Bahnhof der Gemeinde G a p p e r t s h o f e n wird
mit dem Bau einer Jagdlei größeren Stils begonnen.

Ulmdorf, 18. April. Der hier gehaltene Ober-
bische Städtetag nahm eine Entscheidung an bezüg-
lich der künftigen Einholung der für die Umlage und Ra-
talfsteuer vorgeschriebenen Termine, da deren verzögerliche
Feststellung föhrend auf das Kassenwesen der Gemeinden,
sowie auf die Zahlungsweise der Steuerzahler wirke. Zu den
geleglich neugeordneten Sähen der für die Gemeindefassen zu
erneuernden Verwaltungsgebühren für Zeugnisse und Be-
glaubigungen einigte man sich auf die Aufstellung allgemeiner
Richtlinien unter Berücksichtigung der Einkommens-
und Vermögensverhältnisse der Beschäftigten. Die zur Erhebung
kommenden Gebührensätze bewegen sich in einer gesetzlich
gezogenen Grenze von 2—20 M. Zur Wohnungsabgabe
wurde bemerkt, daß die vorgesehenen Befreiungen der über
60 Jahre alten Abgabepflichtigen mit einem aus Renten und
ähnlichen Geldbezügen bestehenden Jahreseinkommen unter
10 000 M möglichst allgemein verwirklicht werden sollten.
Die Gehaltsauszahlung für die Lehrer auch in den Gemein-
den mit über 4000 Einwohnern durch die Staatsrentämter
wurde dringend gewünscht.

Leßmann, 19. April. Besitzwechsel. Das Allmann-
sche Anwesen, Haus und Garten an der Voretzstraße, ging
um die Summe von 430 000 M. in den Besitz von Schleicher
in Schwenningen über.

Illerlei

Hue t. Der Bergarbeiterführer Reichstagsabg. Otto H u e
ist im städtischen Krankenhaus in Essen an Lungenentzün-
dung gestorben.

Abgestürzt. Lehten Samstag stürzten die beiden Ober-
realschüler Emil Bommer und Ernst Einsmaier aus Kon-
stanz vom Halbmondsfelsen in der Marienschlucht bei Bod-
mann am Bodensee ab. Bommer starb nach Entlieferung
in Krankenhaus, Einsmaier hat beide Unterarme gebrochen
und schwere Kopfverletzungen erlitten.

Der weiße Tod. Bei St. Anton im Arberg-Gebiet stürzten
am Karfreitag drei junge Münchener auf einer Schneefahrt
insolge Losbrechens einer Lawine 50 Meter tief
ab. Zwei fielen in eine Schneemulde und kamen unverfehrt
davon; der dritte schlug mit dem Kopf auf einen Felsen auf
und war sofort tot.

Unfreundliche Nachbarn. Während die deutschen Sieger im
Larga-Floria-Rennen auf Sizilien sowohl auf ihrer Hin- wie
auf ihrer Rückfahrt überall eine freundliche, an manchen
Orten sogar eine begeisterte Aufnahme gefunden haben,
waren sie bei ihrer Heimfahrt durch die Schweiz Gegen-
stand von allerhand Böswilligkeiten. 20 Kilometer vor
Schaffhausen stellte man ihnen sogar Leiter- und Langholz-
wagen über die Straße und ließ sie erst nach Zahlung einer
Buße weiterfahren.

Pfadfindertagung. Im Bad Sachsa (Harz) fand in der
Osternwoche eine Tagung der deutschen Pfadfinder statt. Ueber
500 Feldmeister und Pfadfinder waren eingetroffen, um
über neue, der veränderten Zeit angepaßte Richtlinien Be-
schluß zu fassen.

Zum 1. Mai. Der Münchener Arbeitgeberverband gibt
bekannt, daß an Arbeiter oder Angestellte, die den 1. Mai
feiern, kein Lohn oder Gehalt ausbezahlt werde.

Eine Schäferde überfahren. Zwischen Denkbach und
Neubensbach bei Birmasens in der Palz brach nachts eine
Herde Schafe aus den Hürden aus und lief auf den
Eisenbahnstamm. Ein Personenzug fuhr in die Herde hin-

ein und tötete 69 Schafe. Viele weitere mußten geschlachtet
werden.

Eine Heiratssteuer. In Kochel (Bayern) nehmen, so be-
richten die „M. N. N.“, die Eheschließungen seit einiger Zeit
derart zu wegen der Nähe des Walchensees, daß die
Amtsstelle zu klein ist, um die Aufgebote für 14 Tage auf-
zunehmen. Dieser Zustand hat für Kochel insofern eine un-
angenehme Folge, als weibliche Angestellte, kaum in den
Dienst gestellt, dieien wieder verlassen, um in die Ehe ein-
zutreten. Um diese Heiratslust einzudämmen, hat der Ge-
meinderat Kochel die Einführung einer Heiratssteuer von
300 Mark beschlossen, die vom Bezirksamt unter der Be-
dingung, daß die Beträge zum Kleinwohnungsbau verwendet
werden, genehmigt wurde.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 20. April 1922.

Der 1. Mai bei Post und Eisenbahn. Die Reichsregierung
hat angeordnet, daß Beamte, Angestellte oder Arbeiter der
Reichsbetriebe an den Feiern des 1. Mai teilnehmen kön-
nen, sie haben jedoch rechtzeitig bei ihren Dienstvergelegen
um Dienstbefreiung nachzusuchen, wobei nicht engherzig ver-
fahren werden soll. Der freie Tag wird bei Beamten und
Angestellten auf die gesetzliche Urlaubszeit angerechnet; wollen
Arbeiter den Tag sich nicht auf die Urlaubszeit anrechnen
lassen, so wird für den Tag kein Lohn vergütet.

Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen. Die Reichseisen-
bahn wird, um weiteren Kreisen eine Erholungsreise zu er-
möglichen, in der Zeit von Juni bis August, also unabhängig
von den Ferien, Sonderzüge zu ermäßigten Preisen fahren
lassen, die nur die dritte Wagenklasse mitführen. Bei der
Hinreise müssen die Sonderzüge, auf der Rückreise können
auch die Züge des übrigen Verkehrs benützt werden. Bei
Schnellzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. Die
Preise der Fahrkarten berechnen sich nach dem zurzeit ge-
tendeten Tarif mit 69 Pfennig für einen Kilometer Hin- und
Rückfahrt. Die Geltungsdauer der Karten beträgt zwei Mo-
nate. Die Orte, zwischen denen die Sonderzüge gefahren
werden, werden demnächst bekanntgegeben. Da bekanntlich
die Reichseisenbahn ab 1. Juni 1922 beschleunigte Personenzü-
ge mit 4. Klasse einführt, ist der finanziellen Lage des
größten Teiles der Reisenden, für welche die Tarifserhöhungen
besonders fühlbar sind, weitgehend Rechnung getragen.

Aus der Sitzung des Gemeinderats vom 17. März
1922. Gewerbeschule. Die Belohnung der Lehrer
der Gewerbeschule ist durch Min.-Verf. vom 10. Febr.
1922 ab 1. Januar 1922 auf 15 Mk. 60 Pf. für 1 Stunde
festgesetzt worden. Hieran trägt der Staat die Hälfte.
Die Stadtpflege wird zur Auszahlung der Belohnung er-
mächtigt.

Wahl des Stadtschultheißenamtssekretärs.
Anstelle des zum Stadtschultheißen in Wildberg erwählten
und dort am 1. Mai ds. Js. aufziehenden Obersekretärs
D'Argent wird nach vorangegangener Bewerberaufruf
im Staatsanzeiger vom Gemeinderat mittelst geheimer
Wahl einstimmig der Verw.-Praktikant Richard Brachhold
hier zum Stadtschultheißenamtssekretär erwählt. Er wird
in die 7. Gehaltsgruppe der Besoldungsstufen einge-
wiesen und gegen 6monatliche Kündigung angestellt.

Sitzungstaggelder des Gemeinderats. Ge-
mäß Min.-Verf. vom 9. März 1922 wird das Sitzungstaggeld
des Gemeinderats auf 50 Mk., die Taggelder der
Gemeinderatsmitglieder und Gemeindebeamten für außer-
halb der Sitzung zu besorgende Dienstverrichtungen auf
57 Mk. festgesetzt.

Kellame für die Badstadt. Auf Antrag der
Stadtgemeinde und des Kurvereins hat sich die Badver-
waltung bereit erklärt, die Kellame für unser Bad in der
Kurbetriebszeit 1922 mit Rücksicht auf die gesteigerten
Kosten gemeinschaftlich vorzunehmen. Die Stadtgemeinde
erklärt sich bereit, ein Drittel der Kosten der von der Bad-
verwaltung, der Stadt und dem Kurverein in den gelesenen
Tagesblättern einzurückenden gemeinschaftlichen An-
zeigen zu übernehmen und außerdem die Hälfte der von
der Badverwaltung und der Stadtgemeinde gemeinsam
erfolgenden besonderen Insertionen in weiteren Blättern,
insgesamt bis zur Höhe von ca. 50 000 Mk.

Kurverein. Dem Kurverein wird bis auf Weiteres
aus Mitteln der Einnahme aus der Kurtaxe mit Wirkung
vom 1. April 1921 ein jährl. Beitrag von 10 000 Mk.
aus der Stadtkasse bewilligt.

Kurtaxe. Nach der von der Badkassse gefertigten
Abrechnung beträgt der Anteil der Stadtgemeinde von
15 % des Ertrags der Kurtaxe für die Kurbetriebszeit
1921 114 086 Mk. 75 Pf. Durch Schreiben vom 22.
März 1922 teilt die Badverwaltung mit, daß für die
Kurbetriebszeit 1922 die Erhebung folgender Kurtaxe in
Ausficht genommen sei. a) für eine 10 Tageskarte (10
Nebennachtungen) vollgiltige kleine

Kurtaxarten	in Gruppe I	in Gruppe II	in Gruppe III
in Gruppe I	90 Mk.	—	—
" " II	—	55 Mk.	—
" " III	—	—	30 Mk.
b) für Monatskarten (30 Nebennachtungen)	in Gruppe I	250 Mk.	—
" " II	—	150 Mk.	—
" " III	—	—	80 Mk.

Dienstboten zahlen die halbe Tage der Gruppe III. Er-
streckt sich der Aufenthalt eines Gastes einschließl. des
Tags der Ankunft und der Abreise auf weniger als 6 Tage,
so kann die Badverwaltung auf Antrag ihm die 10 Tages-
tage auf die Hälfte ermäßigen. Im Uebrigen werden Rück-
vergütungen nicht gewährt. Der Gemeinderat erklärt sich
mit den Vorschlägen der Badverwaltung einverstanden.

Kehrtafelfahrt. Der Unternehmer der städt.
Kehrtafelfahrt, Güterbeförderer Nij. Jäger, beantragt die
Neuregelung seiner Bezüge für die städt. Fuhrer. Es
werden mit ihm folgende Akkordsätze vereinbart: 1) für
die städtische Kehrtafelfahrt unter den im Akkordprotokoll
vom 30. März 1915 festgesetzten Bedingungen werden
bezahlt: a. in den Monaten Dezember, Januar, Februar
und März je 5 Arbeitstage à 11 Stunden, b. in den
Monaten April, Mai, Oktober und November je 9 Arbeits-
tage à 11 Stunden, c. in den Monaten Juni, Juli, August
und September je 13 Arbeitstage à 11 Stunden und

war nach dem jeweiligen Stadttagslohn für 1 Paar Pferde auf Grund des Jahresakkords, wozu noch eine sogen. Schmutzulage für den Fuhrmann des Unternehmers von 1 1/2 Mk. pro Stunde kommt. Sofern die Wagen des Unternehmers zur Kehrtafelfahrt benützt werden, sind ihm für 1 Wagen monatlich 125 Mk. zu vergüten, 2) für die Befuhr von je 10 Tonnen nach dem Gaswerk 200 Mk., nach der Wilhelmsschule mit einem Aufschlag von 10 %, Ausladen, Abladen und Einlagern für 10 Tonnen 40 Mk. 3) für die Befuhr von Koks von der Gasfabrik über dem Bahnhof nach den städt. Gebäuden oder an Private ohne Aufladen für den Zentner Zone I 2 Mk., Zone II 3 Mk., Zone III 4 Mk. 50 Pf. Fahren unter 10 Zentner werden für 10 Zentner berechnet. 4) Fahren des Leichenwagens 100 Mk., für Stellen von Teppichen 20 Mk., von Floren 20 Mk.

Fremdenwohnsteuer. Am 29. Juni 1920 hat der Gemeinderat auf Grund des Gesetzes vom 19. Mai 1920 betr. Änderung des Gemeindesteuergesetzes die Erhebung einer Fremdenwohnsteuer von 10% des Mietentgelts in der hiesigen Badstadt samt Parzellen beschlossen. Die Erhebung der Steuer wurde aber zufolge Beschlusses vom 13. Juli 1920 infolge eines Gesuchs der hiesigen Gasthofbesitzer und Zimmervermieter mit Rücksicht auf den damaligen schlechten Geschäftsgang bis jetzt verschoben. Nachdem sich inzwischen die Verhältnisse geändert und sämtliche Wirtt., Fremden- und Kurorte die Fremdenwohnsteuer eingeführt haben und da infolge des Wegfalls der meisten der seitherigen Steuerquellen der Gemeinde die Schaffung neuer Einnahmequellen sich nicht ungehen läßt, wird beschlossen: 1) die Fremdenwohnsteuer gemäß des Beschlusses vom 29. Juni 1920 im hiesigen Gemeindebezirk einschl. Parzellen mit Wirkung vom 1. Mai 1922 an zur Erhebung zu bringen, 2) zu bestimmen, daß die Steuer für jeden Tag oder für jede Übernachtung und für jede Person nach dem für das Zimmer oder die Wohnung festgesetzten oder zu berechnenden Tagespreis mit den in § 2 der Min.-Verf. vom 26. Mai 1920 vorgesehene Befreiungen erhoben wird. 3) für die Beherbergung und Beföstigung ein Gesamtentgelt (Pensionspreis) vereinbart, so kann für die Beföstigung ein angemessener Teil und zwar bis zu 80 % des Pensionspreises abgezogen werden. 4) Die Erhebung der Steuer erfolgt durch Verwendung von Marken unter Abrundung nach unten auf halbe oder ganze Mark. Die Steuermarken sind vom Vermieter bei der Stadtpflege zu erwerben und jeder Rechnung über Mietzinse und Pensionspreise in der Höhe der dem Mieter und Fremden aufgerechneten Fremdenwohnsteuer aufzulegen und vom Vermieter durch Beifügung des Datums

zu entwerfen. Fremdenwohnsteuerbeträge unter 50 Pf. werden nicht erhoben.

Brennholzversorgung. Der Erlaß der Forstdirektion vom 13. März 1922, nach welchem die Forstdirektion eine Abgabe von Brennholz an die Stadt für die Einwohnerschaft, unter Hinweis auf ihren Waldbesitz ablehnt, wird dem Gemeinderat eröffnet. Da anderen waldbesitzenden Gemeinden, wie Calw, Neuenbürg usw. seitens der dortigen Forstämter bezgl. der Holzverkäufe Vergünstigungen trotz deren Waldbesitz gewährt wurden, wird beschlossen, bei den hiesigen staatlichen Forstämtern nochmals dahin vorstellig zu werden, daß die Forstämter wenigstens insoweit entgegenkommen, daß sie im Laufe dieses Frühjahrs noch 1 oder 2 öffentliche Brennholz-, Reisig- und Rindenverkäufe unter Ausschluß des Holzhandels und auswärtiger Steigerer stattfinden lassen.

Sportplatz. Der Antrag der hiesigen Sportvereine und Privatschulen auf Schaffung eines neuen Sportplatzes wird zur Kenntnis des Gemeinderats gebracht. Zur Besprechung des Antrags mit den Gesuchstellern wird ein Ausschuss bestehend aus dem Vorsitzenden und den Gemeindevorständen Bechtel, W. Eitel und W. Schill bestellt.

Es werden noch eine Reihe kleinerer Gegenstände und laufende Verwaltungssachen erledigt.

Von der Bergbahn. Nach der Statistik vom Jahr 1921/22 (April—März) betrug die Zahl der beförderten Personen 467 867. Davon entfallen auf Pfingsten 1921 13132, Juli 120 086, August 100 886, während in den übrigen Monaten 233 764 Personen die Bergbahn benützten.

Letzte Nachrichten.

Die Maßnahmen gegen Deutschland.

Paris, 19. April. Die Pariser Daily Mail schreibt: Auf die milden Maßnahmen gegen Deutschland wird wohl nur die Erklärung der Reparationskommission folgen, daß der deutsch-russische Vertrag null und nichtig ist. Diese Nachricht deckt sich auch mit einem Passus des Berichts, den Bertinon aus Genua dem Echo de Paris sandte. Es heißt darin, die Ententevertreter in Genua hätten es der Reparationskommission überlassen, die ganze Frage auf Grund des Versailler Vertrages zu beurteilen, und unter Führung von Lloyd George hätten die Entente-delegierten sich in Genua darauf beschränkt, die deutschen Vertreter wegen der Verletzung der Beschlüsse von Cannes

aus der ersten Kommission zu verbannen. Dabei sei es Lord Georg darauf angekommen, die Konferenz auf jeden Fall zu retten.

Direkte Verhandlungen der deutschen Delegation mit der Entente.

Genua, 19. April. (Tel.-Union.) Heute morgen sind der Reichskanzler und die anderen deutschen Delegierten mit den führenden Persönlichkeiten auf deren Wunsch in Verhandlungen getreten.

Die neutrale Note.

Genua, 19. April. (Tel.-Union.) Es verlautet, daß die Note, die heute von den Neutralen an den Präsidenten der Konferenz gerichtet wird, ein wesentlicher Faktor bei der Entwicklung der Lage sein könne. Es besteht die Möglichkeit, daß sie der Weitergestaltung der Lage ein wesentliches Gepräge geben wird.

Genua, 19. April. In einem Interview erklärte der russische Volkskommissar Tschitscherin, daß der Vertrag mit Deutschland ohne die Kenntnis Lloyd Georges unterzeichnet worden sei. Er sei ihm von den russischen Delegierten auch nicht bekannt gegeben worden, denn Rußland sei keine englische Kolonie. Die Vorschläge der alliierten Sachverständigen seien für Rußland unmöglich, und würden von den Sowjets niemals angenommen werden. Auf die Frage, ob der Vertrag ein richtiger Alliansvertrag mit Deutschland sei, erklärte Tschitscherin, das werde die Zukunft zeigen. Im übrigen glaubt Tschitscherin nicht, daß der deutsch-russische Vertrag einen Bruch der Konferenz herbeiführen werde.

Die Dauer der Konferenz von Genua.
Genua, 19. April. (Tel.-Union.) Der italienische Finanzminister Peano erklärte, daß die Konferenz voraussichtlich bis Ende April dauern wird.

Märkte

Weitere Steigerung der Schlachtpreise
Stuttgart, 18. April. Dem heutigen Schlachtwiechmarkt waren zugeföhrt: 13 Ochsen, 7 Bullen, 50 Jungbullen, 50 Jungriinder, 80 Kälbe, 144 Kälber, 276 Schweine und 190 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Verlauf des Marktes: mäßig beiebt. Erloß wurde aus 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Sorte: 2850 bis 2550 Mk. (eigler Markt am 12. April: 2250—2400 Mk.), 2. Sorte: 1700—2150 Mk.; Bullen 1. Sorte: 2050—2200 (2000—2150) Mk., 2.: 1700—1900 Mk.; Jungriinder 1. Sorte: 2350—2550 (2300—2450) Mk., 2.: 2050—2150 Mk., 3.: 1650—1900 Mk.; Kälbe 1. Sorte: 1700—1900 (1600—1800) Mk., 2.: 1300—1500 Mk., 3.: 900—1100 Mk.; Kälber 1. Sorte: 2700—2850 (2600—2750) Mk., 2.: 2450—2650 Mk., 3.: 2100 bis 2400 Mk.; Schweine 1. Sorte: 2800—3000 (2750—2850) Mk., 2.: 2550 bis 2750 Mk., 3.: 2350—2450 Mk.

Wildbad.

Durch die Holzhauer Friedrich Lang in Kohlhausle und Jakob Friedrich Haag in Ronnenmih werden in Schöngarn Abt. 12 an der Landstraße oberhalb der Spiolenmühle vom 20. bis 30. April 1922 täglich von vorm. 8 Uhr bis abends 7 Uhr

Sprengungen

vorgekommen, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Stadtschultheißenamt:

Soz.-Dem. Partei Wildbad.

Am Samstag, den 22. April findet im „Ratskeller“ abends 8 Uhr die ordentliche

Mitglieder-Versammlung

statt. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder und Gemeindevorteiler der Partei dringend notwendig.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.
Der Ausschuß.

Die Freie Schuhmacher-Innung für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

hat folgende Richtpreise für nachstehende Arbeiten festgesetzt:

Herrenstiefel, Sohlen, Flecken	140 Mk.
Damenstiefel	115-120 "
Knabenstiefel 36/39	115-120 "
Mädchenstiefel 27/30	75-80 "
Herrenfleck allein	38-40 "
Damenfleck	26-28 "

Wenn das Leder vom Kunden geliefert wird:

Herrensohlen u. Pl.	50-55 Mk.
Damensohlen u. Pl.	45-50 "

Riister ansetzen, Unterlagen und sonstige Ausbesserungen werden nach Stundenlohn berechnet.

Kurverein Wildbad.

Am Freitag, den 21. April 1922, abends 7 1/2 Uhr im „Hotel Traube“ außerordentliche

Voll-Versammlung

Tagesordnung:
1. Vereins-sagungen.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Nachm. 5 Uhr

Ausschußsitzung

im unteren Rathausaal.

Linden-Lichtspiele

Freitag abend 8 Uhr

Sonntag nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr

Das große italien. Sitten-Drama Die Geschichte einer Sünde

Modernes Sitten-Drama in 5 Akten
In der Hauptrolle die berühmte italienische Tragödin Patiana Pawlova.

Als Beiprogramm:

Die Indianer-Schlacht am blanen-Berge

Original-amerik. Wildwest-Drama in 3 Akten.

Dr. Lahmeyer

praktiziert wieder in Villa Elisabeth.
Sprechstunden: 10—12 Uhr.



Alleinverkauf für Wildbad und Umgebung.
Schühhaus
W. Treiber
Ludwig-Seegerstr. 17.

Beachten Sie die Schaufenster mit den neuen Gesellschafts und Strassen-Modellen.

Inseriert im „Tagblatt“!

Begen Platzmangel zu verkaufen:

- 1 schöne Kochkiste
- 1 Garderobe
- 1 Teppichmaschine

Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Suche

für meine 20-jährige Tochter welche im bürgerlichen Kochen bewandert ist

eine Stelle

auf 15. Mai in einer Privat-Pension, wo sie die feinere Küche gründlich erlernen kann. Bade- oder Luftkurort bevorzugt.

Julius Horn

Landwirt
Oberreisseshelm b. Hellbronn.

Morgen frische

Schellfische

Fr. Hempel.

Sabe einen

neuen Herd

mit Kupferschiff u. Badosen weiß entbehrlich zu verkaufen.
Friedrich Waidner
Schreiner.

Zimmermädchen

welches gut Nähen kann, sucht auf 1. oder 15. Mai Stellung in Hotel oder Privat. Off. unt. M. 2. an die Exped. ds. Bl.

Gesucht

bis 15. oder 30. Mai ein kräftiges 14—15-jähriges

Hausmädchen

Dr. Harzmann.

Stahlspäne

fein, mittel, grob
A. u. W. Schmitt, Medizinal-Drog.

Turn-Verein Wildbad.

In der morgen abend 8 Uhr stattfindenden

Turnstunde

hat jeder Turner u. Jögling unbedingt zu erscheinen. Im Verhinderungsfalle ist Entschuldigung erforderlich.

Der Turnwart.

Fußbodenöl

I. Qualität
A. u. W. Schmitt Medizinal-Drog.



Regen-schirme

kaufen Sie am besten und billigsten nur beim

Fachmann

B. Runze,

Pforzheim

Schirmmachermeister,
nur Kronenstr. 3 nur

Ev. Kirchenchor.

Heute Donnerstag abend 8 Uhr

Singstunde

für Damen und Herren. Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht.

Heute Donnerstag abend

Café Lindenberger Schach

Weitere Schachfreunde sind willkommen.

